

An die Mitglieder des Deutschen Bundestages

**Martin Dörmann, Prof. Karl Lauterbach,  
Dr. Rolf Mützenich, Elfi Scho-Antwerpes**

**Gruppe Köln**

Magnusstr. 18 b

50672 Köln



[koeln@dfg-vk.de](mailto:koeln@dfg-vk.de)

[www.friedenkoeln.de](http://www.friedenkoeln.de)

c/o Friedensbildungswerk Köln

Obenmarspforten 7 – 11

50667 Köln

#### **Antwort auf Ihren Brief zum Bundeswehreinsatz über Syrien vom 17. 3. 2016**

Köln, den 30. 6. 2016

Sehr geehrter Herr Dörmann,  
Sehr geehrter Herr Prof. Lauterbauch,  
Sehr geehrter Herr Dr. Mützenich,  
Sehr geehrte Frau Scho-Antwerpes,

Vielen Dank für Ihre ausführlichen Antworten auf unsere Fragen zum Syrien-Einsatz der Bundeswehr, den Sie im Dezember 2015 mit beschlossen haben.

Leider konnten Sie uns inhaltlich nicht überzeugen, dass Sie mit diesem Beschluss einen Beitrag zum Frieden und zur Lösung der bestehenden Probleme geleistet haben.

Ihre Begründung, nach dem Terroranschlag von Paris wären „derzeit alle Instrumente staatlichen Handelns notwendig“, „um die Ausbreitung des IS und seines Terrors zu stoppen“, kann uns nicht überzeugen. Diese Begründung für Kriegsführung wurde auch schon nach dem Terroranschlag auf das World Trade Center 2001 gegeben, nur ging es damals um Al Kaida, wo es heute um den IS geht.

Der Krieg gegen Afghanistan hat den islamistischen Terror genauso wenig gestoppt wie der Krieg gegen Syrien diesen Terror stoppen wird. Im Gegenteil wurde nur mehr Öl ins Feuer gegossen und zur Ausbreitung des Terrors beigetragen. Hunderttausende Tote, unzählige Verwundete und Traumatisierte und zerstörte Länder sind das Ergebnis des „Krieges gegen den Terror“. Deutschland ist mitverantwortlich dafür.

Gegen Terrorbanden helfen polizeiliche, geheimdienstliche, diplomatische, vor allem aber wirtschaftliche, soziale und pädagogische Maßnahmen, die ein Klima des Respekts, der Toleranz und der Verständigung fördern. Mit Militär wird man nicht weniger, sondern mehr Terror erzeugen, da Krieg selbst der schlimmste Terror ist.

Im Übrigen waren die Täter von Paris keine Syrer, sondern Franzosen und Belgier. Warum schaut man bei der Suche nach den Ursachen des Terrors nur nach Syrien, nicht aber in das Innere unserer eigenen Gesellschaften? Soll hier von innergesellschaftlichen Konflikten und Problemen abgelenkt werden?

Wie glaubwürdig sind die vielen Worte über eine Einbettung der „militärischen Maßnahmen“ in eine „Gesamtstrategie“, wenn man sich dann ansieht, wie viele Mittel jeweils ausgegeben werden? Solange für zivile Konfliktbearbeitung nur Gelder im Promillebereich der Ausgaben für Kriegsführung und Rüstung ausgegeben werden, erscheinen Ihre Ausführungen wie leere Worte.

Wenn Sie von „solider rechtlicher und völkerrechtlicher Grundlage“ des Bundestagsmandats für den Kriegseinsatz sprechen, dann fragt man sich, wie es sein kann, dass es Völkerrechtler gibt, die dies ganz anders sehen. Wäre nicht zumindest ein Hinweis auf diese abweichenden Stellungnahmen eine wichtige Information für juristische Laien gewesen?

„Die Bundeswehr kämpft nicht in Syrien“ schreiben Sie. Wird Deutschland deswegen weniger zur Kriegspartei im

syrischen Bürgerkrieg, weil nur Hilfsdienste für die kämpfenden Flugzeuge und Truppen der anderen übernommen werden? Ist jemand, der Zieldaten liefert, in geringerem Maße für Bombentote verantwortlich als diejenigen, die die Bomben abwerfen? Geht es mit dieser Verharmlosung um die Selbstberuhigung eines schlechten Gewissens? Als Leser bekommt man den Eindruck: Hier soll mir Sand in die Augen gestreut werden.

In der Antwort auf Frage d) wird deutlich, dass es für den Syrien-Einsatz der Bundeswehr keine Exit-Strategie gibt, sondern dass wir auf einen jahrzehntelangen Krieg eingestimmt werden sollen, für den mit diesem Mandat die Tür geöffnet wurde.

Es fällt insgesamt auf, wieviel von „Solidarität“ und „Selbstbestimmung“ in Ihren Antworten die Rede ist, und wie wenig globalstrategische, machtpolitische und wirtschaftliche Interessen der beteiligten Akteure thematisiert werden.

Sie sehen eine Hauptaufgabe darin, „eine stabile Nachkriegsordnung herzustellen, bei der Wert auf *Good Governance* gelegt wird“. Wie passt das dazu, dass die von Ihnen gewählte Bundesregierung seit Jahren die Verantwortung für die Lieferung von Kriegswaffen in die Konfliktregion, sogar direkt an nichtstaatliche Gruppen, trägt? Wir wünschen uns *Good Governance* im eigenen Land. Wir erwarten, dass die Bundesregierung und Sie als Bundestagsabgeordnete unser Grundgesetz respektieren. Die Würde des Menschen ist zu schützen – auch derjenigen Menschen, die in Syrien und zahlreichen weiteren Ländern des Mittleren Ostens durch den US-Drohnenkrieg über Ramstein massenhaft ermordet werden. Seit 2013 geschieht das trotz aller Geheimhaltungsversuche vor den Augen der Weltöffentlichkeit.

Wir vermissen eine selbstkritische Reflexion des Anteils der Politik der NATO, der Europäischen Union und der Bundesrepublik Deutschland und unserer eigenen Wirtschaft und Lebensweise am Desaster des syrischen Bürgerkrieges.

Man fragt sich auch, wo sich sozialdemokratische Politik von konservativen Bestrebungen in dieser entscheidenden Frage nach Krieg oder Frieden unterscheidet. Könnte es sein, dass bei den von Ihnen dargelegten Positionen so mancher Wähler dann gleich das konservative Original wählt?

Wir würden es begrüßen, wenn die Diskussion im Vorfeld der Verlängerung des Syrien-Mandats der Bundeswehr und im Licht der weiteren realen Entwicklungen fortgesetzt werden könnte.

Für die DFG-VK, Gruppe Köln  
Harald Fuchs